NR. 250/2010 | 25. Februar 2010

presse

100 Tage-Bilanz: Drogenbeauftragte abgetaucht

Zur Zwischenbilanz der neuen Drogenbeauftragten der Bundesregierung Mechthild Dyckmans erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Graf:

Seit 100 Tagen ist Mechthild Dyckmans (FDP), die neue Drogenbeauftragte der schwarz-gelben Bundesregierung, im Amt. Am 19. November 2009 wurde sie von ihrem Parteikollegen und Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler ernannt.

Als Impulsgeberin ist die neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung leider bisher nicht aufgefallen. Dabei hätte Schwarz-Gelb Impulse auch in diesem Bereich dringend nötig. Im Koalitionsvertrag war die sogenannte "Wunschkoalition" bereits wortkarg, wenn es um Drogen- und Suchtpolitik ging. Pläne für Maßnahmen gegen Nikotin- und Medikamentenabhängigkeit sowie Computer- und Onlinesucht kommen im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vor. Konkrete neue Maßnahmen sind lediglich im Bereich des exzessiven Alkoholkonsums bei "einzelnen Kindern und Jugendlichen" angekündigt. Offenbar sollten auch im Bereich Drogen und Sucht wohlweislich Konflikte zwischen den neuen Koalitionären ausgespart werden. Es wurde lediglich die "besondere Verantwortung von Eltern" entdeckt.

Dabei liegen konkrete Projekte für eine verbesserte Prävention im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik in der Schublade, wie die vom Suchtrat befürworteten Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention. Die frühere Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), hat wunderbare Vorarbeit geleistet. Es ist sehr bedauerlich, dass Frau Dyckmans die engagierte

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Politik nicht weiterführt und offenbar von ihren Parteioberen einen Maulkorb verpasst bekommen hat. Damit erscheint sie so konzeptlos wie die gesamte Regierung. Der Geist des damaligen FDP-Generalsekretär Dirk Niebel, der die Vorschläge der Nationalen Aktionsprogramme als "Verbieteritis" abtat, scheint auch die schwarz-gelbe Bundesregierung mitsamt der Drogenbeauftragten erfasst zu haben. Das ist eine schlechte Nachricht für die Suchtprävention und vor allem für die Suchtkranken im Land.